

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 61 (1974)
Heft: 19

Artikel: Reformen, die krank machen : zur Pathologie des modernen Bildungswesens in der BRD
Autor: Pöggeler, Franz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-534020>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

sonen Lehrpersonal, trat die Kantonsschule Kollegium Schwyz zum drittenmal unter kantonaler Führung in ein neues Schuljahr. Die Zahl der internen Schüler belief sich zu Beginn des Schuljahres auf 208, jene der Mädchen auf 43. Die erste Klasse des neueröffneten Wirtschaftsgymnasiums (Typus E) wird von 14 Schülern und 9 Schülerinnen besucht.

AG: Mehr öffentliche Gelder für die Berufsbildung

Die Aargauer Regierung unterbreitet dem Grossen Rat eine Dekretsänderung, mit der die Berufsbildung vermehrt durch öffentliche Gelder getragen werden soll. Ausgelöst wurde diese Änderung des Dekretes «über die Beiträge des Staates an die Berufsbildung» durch eine von 104 Grossräten unterzeichnete Motion. Die Regierung stellt in ihrer Botschaft fest, dass mit der Übernahme neuer Aufgaben der Berufsbildung das Prinzip der Aufgaben- und Kostenteilung durchbrochen werde. Dieses Prinzip sei bis anhin zwischen Öffentlichkeit und Privatwirtschaft streng gehandhabt worden. Mit der vorgeschlagenen Änderung bahne sich nun aber eine Entwicklung zur weitgehenden Übertragung der Berufsbildung an die Öffentlichkeit an, was «keineswegs in der Linie der Wirtschaftsorganisationen» liege, wie die Regierung feststellt.

AG: Aargau erhält Schultheater-Beratungsstelle

Als erster Kanton in der Schweiz erhält der Aargau eine Schultheater-Beratungsstelle. Sie hat ihren Sitz in Baden und wird für einen vorläufigen Versuchsbetrieb von 16 Monaten vom kantonalen Kuratorium zur Förderung des kulturellen Lebens im Aargau finanziert. Als Leiter haben sich die Schauspieler und Regisseure Hans Rudolf Twerenbold und Jean Grädel zur Verfügung gestellt. Beide besitzen Erfahrung in der Theaterarbeit mit Schülern.

Die Schaffung der Beratungs- und Dokumentationsstelle, die vorab der Lehrerschaft zur Verfügung stehen soll, geht auf eine Initiative der Kulturstiftung «Pro Argovia» zurück.

SG: Medizinische Akademie 1977/78?

Trotz einer gewissen Verunsicherung in der Hoch-

schulpolitik ist das sanktgallische Sanitätsdepartement entschlossen, an dem Planungsauftrag für die Gründung einer medizinischen Akademie in St. Gallen festzuhalten. Einerseits hat sich nämlich das Verhältnis zwischen Bevölkerungszahl und Arztdichte nicht entscheidend gebessert, vor allem wenn man berücksichtigt, dass ein Drittel der im Kanton St. Gallen praktizierenden Ärzte bereits über 60 Jahre alt sind. Andererseits verschlechtert sich die Situation für Anwärter für ein medizinisches Studium aus der engern Ostschweiz zusehends.

SG: Neue Trägerschaft für die Hochschule

Zwischen dem Regierungsrat und dem Stadtrat von St. Gallen ist eine neue Trägerschaft für die Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in St. Gallen, welche die Stadt entlasten soll, ausgehandelt worden. Diese Trägerschaftsordnung, die Bestandteil des Hochschulgesetzes aus dem Jahre 1955 ist, soll wenn möglich auf den 1. Januar 1977 in Kraft treten.

Wie Regierungsrat Ernst Rüesch, Vorsteher des Erziehungsdepartements, mitteilte, sieht die neue Trägerschaftslösung wie folgt aus: Die Politische Gemeinde St. Gallen bezahlt ab 1981 einen jährlichen Standortbeitrag an die Betriebskosten der Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in St. Gallen in der Höhe von 30 Prozent. Dieser Standortbeitrag wird ab 1977 von bisher 50 Prozent sukzessive auf 30 Prozent reduziert und wird nach 1981 lediglich noch der Teuerung angepasst werden. Der Beitrag der Stadt St. Gallen an Hochschulbauten, bisher ebenfalls 50 Prozent, soll ab sofort nach Inkrafttreten der neuen Trägerschaft auf 30 Prozent gesenkt werden.

GR: Neues Sonderschulheim

Die Bündner Regierung hat dem generellen Neubauprojekt des Sonderschulheims Rothenbrunnen ihre Zustimmung erteilt. Damit kann das bestehende Kinderheim Giuvaulta, dem in der bündnerischen Sonderschulung eine zentrale Funktion zukommt, in baulicher Hinsicht den Erfordernissen einer zeitgemässen Heimführung angepasst werden.

Reformen, die krank machen

Zur Pathologie des modernen Bildungswesens in der BRD

Franz Pöggeler

In die Lehrbücher der Pathologie müsste eigentlich eine neue Krankheit aufgenommen werden: die Reformitis. Sie erfasst die

vom Staat organisierte Gesellschaft ebenso wie Gruppen und Individuen. In ihrem Gefolge kommen andere Krankheiten nach, die

sich in der Ursache gleichen: Viele Kinder und Jugendliche sind deshalb «schulkrank», Legastheniker oder Opfer des Numerus clausus geworden oder von schweren Aufstiegs- oder Versagensneurosen befallen worden, weil unser Bildungswesen heute in einer Weise reformiert wird, die krank macht. Solange Pädagogen und Kulturkritiker die Reformitis diagnostiziert haben, wurde diese Zeitkrankheit nicht genug ernst genommen. Das geschieht jetzt erst, seitdem von medizinischer Seite mit unüberhörbarer Schärfe auf manchen Unfug hingewiesen wird, der unter der Flagge der Reform verursacht wird.

Die Hektik, in der ein Reformplan den anderen ablöst und abwertet, ist von Jahr zu Jahr gestiegen, so dass der einzelne Plan – mag er auch noch so gut sein – nicht mehr gründlich diskutiert, geschweige denn realisiert werden kann. Wie ist die Lehrer- und Elternschaft durch den Rahmenplan des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen, den Bremer und den Wiesbadener Plan der GEW, den Strukturplan des Deutschen Bildungsrats und neuerdings auch den Bildungsgesamtplan der Bund-Länder-Kommission in Bewegung gesetzt, ja weiter neurotisiert oder entusiasmiert worden! Und was ist von den früheren Plänen zur Verbesserung der Bildungspraxis wirklich in die Tat umgesetzt worden? Die Bilanz ist karg und umfasst bestenfalls ein Zehntel dessen, was die Pläne an Neuerungen vorschlugen.

Das Bildungswesen wird allerorten in seinen Bemühungen um gründliche, umfassende Menschenformung eher gestört als gefördert. Lehrer und Eltern fühlen sich gleichermaßen überlastet und verunsichert, weil die Vielheit der Reformpläne eher verwirrt als aufklärt. Viel ist in letzter Zeit über »Innovation« geredet und geschrieben worden. Weil das meiste, das sich die Reformer vornahmen, Papier bleibt, steht die Bildungsreform heute im Verdacht hohler Rhetorik.

Viel Idealismus und Energie sind – wenn die Retrospektive uns nicht täuscht – wirkungslos vertan worden, nicht weil unsere Gesellschaft im Kern reaktionär und immobil wäre, sondern weil die Reform zu hektisch, zu unrealistisch, zu widerspruchsvoll, zu fern von Erfahrung vorgegangen ist. Gewiss, wir haben manches Neue: eine Förder-, Beobach-

tungs- oder Orientierungsstufe, eine neue Ordnung des Übergangs von der Grund- in die Sekundarstufe, in der Lehrerbildung, im Schulbau, im Angebot audiovisueller Medien – um nur einige Felder zu nennen – ist vieles besser geworden. Aber wenn die Reformer ehrlich sind, müssen sie zugeben, dass meist nur die Etiketten der Organisation, nicht die Inhalte, Ziele und Methoden der Bildung selbst erneuert worden sind. Verändert wurden sie zwar oft – mancher Lehrer könnte seine persönliche Leidensgeschichte des Methodenwechsels schreiben; aber Veränderung war und ist nicht immer Verbesserung, sondern manchmal auch Verschlechterung der Bildungsqualität und -wirkung.

Verfehlt Hektik

Wiederum erklärt die Hektik der Reform hier die Fehler: Manche Methoden sind amtlich eingeführt worden, ohne vorab lange genug auf ihre Brauchbarkeit getestet worden zu sein. Der Streit um die «New Mathematics» und Mengenlehre, international verbreitet, ist ein Beispiel hierfür.

Weshalb eigentlich die Hektik? Sie ist besonders in der Angst der jeweils Regierenden begründet, in einer einzigen Legislaturperiode ihr pädagogisches und soziales Konzept vielleicht nicht durchsetzen zu können und nach dieser Zeit die Macht zur Umgestaltung wieder an andere Parteien zu verlieren. Es ist leicht einzusehen, dass das Bildungswesen wie in Fieberkrämpfen leben muss, wenn es auf die Dauer von politisch einseitigen Reformen geschüttelt wird. Noch ist in unserem Staat nicht genug politischer Konsens dafür erzielt worden, Bildungsreform nach überparteilichen Grundsätzen durchzuführen, vor allem nach dem kritisch geläuterten Konsens der Fachleute. Die unmittelbar von der Reform Betroffenen – Lehrer wie Schüler und Eltern – sind in Reformdiskussionen bisher nicht genug befragt und zur Mitentscheidung autorisiert worden. Es ist dann nicht verwunderlich, dass diese Gruppen manche Reformmassnahme als Zwang und Manipulation, als unzumutbaren Eingriff in ihre Freiheit und Kompetenz empfunden haben.

Die «Schulverdrossenheit» weiter Lehrergruppen, die sich in eine Art innerer Emi-

gration zurückgezogen und resigniert haben, ist eine der schlimmsten inneren Krankheiten, die die Reformitis ausgelöst hat. Das Pendant dazu auf seiten der Schüler ist das, was man heute – freilich mit verschiedenen Motiven – «Lernverweigerung» nennt. Jedenfalls müssen beide Gruppen in einer Institution leben, in der sie menschlich nicht zufrieden genug sein können, der sie Loyalität erweisen, mit der sie sich aber nicht identisch erklären können, weil sich die Reform dieser Institution gleichsam hinter ihrem Rücken und ohne ihr Zutun ereignet – als Fremdeingriff von draussen.

Es bedarf einer ganz neuen, wissenschaftlich fundierten Pathologie der Bildung, die ermitteln muss, wo, wie und wodurch die inneren Vollzüge und die Institutionen der Menschenbildung pervertiert und atrophiert sind. Nicht nur einzelne Menschen können krank werden oder andere krankmachen; auch Institutionen können es, je nachdem, wie sie strukturiert sind. Dies ist eine neue Perspektive, die in Zukunft bei allen Reformen unbedingt beachtet werden muss. Die Mediziner sind aufgerufen, diese Perspektive in harter Sachlichkeit im pädagogischen Gespräch deutlich zu machen.

Pädagogen – zumal die Reformer unter ihnen – neigen leicht dazu, den pathologischen Aspekt zu kaschieren oder gar nicht zu sehen. Wie anders soll man sich erklären, wodurch typische «Schulkrankheiten» ein solches Ausmass und eine solche gesellschaftliche Brisanz erlangen, wie es heute der Fall ist? Nehmen wir als Beispiel die Legasthenie: Vermutlich ist sie epidemisch unter Grundschulern verbreitet, und dennoch wird ihr Ausmass von Schulverwaltungen und den Verfechtern bestimmter Ganzheitsmethoden verkleinert. Schon solidarisieren sich Eltern, die trotz hoher Intelligenz ihrer Kinder das Kreuz der Legasthenie sich und ihren Kindern nicht länger aufladen wollen, zu einem Verband der «Legastheniegeschädigten» und verlangen von dem Staat, der ihre Kinder zum Schulbesuch verpflichtet, Abhilfe, ähnlich wie vor Jahren die Eltern von Contergan-Kindern.

Eine ähnliche Quelle der Unzufriedenheit mit Reformmassnahmen im Bildungswesen ist der «Numerus clausus»: Er ist nicht deshalb dekretiert worden, weil Studenten heute weniger intelligent sind als früher, sondern weil

staatlicherseits durch zuviel Bildungswerbung eine Abiturientenlawine erzeugt worden ist, die unser Hochschulwesen nicht zu fassen vermag. Die Bildungswerbung war um die Mitte der sechziger Jahre durch das Gerede von der «deutschen Bildungskatastrophe» ausgelöst worden, ohne mit wirklicher Sorgfalt zu prüfen, ob unser Bildungswesen wirklich so katastrophal verrottet war, wie es damals der Welt weisgemacht wurde.

Wer auf breiter Linie Bildungswerbung betreibt, muss auch auf breiter Linie genug Studienplätze schaffen. Das ist nicht geschehen. Was Reform sein sollte, ist nun vollends zur Katastrophe geworden: zur Überfüllungs- und Verweigerungskatastrophe. Nicht ein blindes Naturgesetz hat diese Katastrophe entstehen lassen, sondern Inkonsequenz und Mangel an Wirklichkeitssinn bei der Gymnasial- und Hochschulreform. Das Bild vom «Volk der Abiturienten» ist zur krankmachenden Halluzination einer ganzen Bildungsgesellschaft geworden, in der sich gefährlicher sozialer Zündstoff häuft.

Der pathologische Gesamtbefund unserer Reformlandschaft könnte noch um manches Detail ergänzt und verschärft werden. Etwa im Rahmen der Überbelastung vieler Familien durch Schulprobleme sind Konfliktsyndrome entstanden, die – bei anderem Verfahren des Reformierens – vermieden werden könnten und die der Staat als der oberste Verantwortliche für Bildungs- und Gesellschaftsreform seinen Bürgern nicht zumuten dürfte. Kindern und Eltern wird geweissagt, dass es in Schulen heute fröhlicher und humaner zugehe als früher, aber in Wirklichkeit wird das Lernen zum harten Job, die Ausführung der Hausaufgaben zur Quälerei für Eltern, die die neuen Methoden nicht kennengelernt haben und auch nicht dazu verpflichtet sind, sie zu kennen. Es würde sich lohnen, empirisch zu ermitteln, in welchem Umfang viele Mütter durch Beaufsichtigung der Hausaufgaben ihrer Kinder Zeit und Kraft aufbieten müssen und sozusagen als unbezahlte Hilfslehrer vom Staat in Dienst genommen werden.

Alle Verantwortlichen haben Grund, diejenigen Kräfte zu reklamieren, von denen eine gesündere und menschlichere Schule zu erhoffen ist: Musse und genügend Zeit, Geduld im Warten auf die erwünschte Entfaltung, genug Freiraum zu kindlichem und ju-

gendlichem Selbstsein, Absicherung der Institution gegen viel zu viele, sich selbständig wandelnde Aussenaufträge, Garantie der nötigen geistigen Freiheit zum Lehren wie zum Lernen. Immer wird Reform nötig sein – davon ist auch das Gros der Gesellschaft zu überzeugen. Aber Reform muss endlich von Reformitis abgegrenzt werden.

Es ist gut und richtig, dass sich die Bildungsreform, nachdem sie mehr als fünf Jahrzehnte primär das Wie, die Methoden, zu erneuern suchte, jetzt der Verbesserung der Ziele und Inhalte der Bildung zugewandt hat. Aber da wuchert bereits eine neue Phobie auf: die Sucht der «Systemveränderung» mittels Bildungsreform. Dies macht erklärlich, weshalb linksradikale Kader in zunehmendem Masse in die Reformgremien eingedrungen sind. Sie haben erkannt, dass eine Reform der Inhalte und Ziele, die jetzt ja akut ist, wichtiger ist als eine Reform der Methoden und der Organisation. Das Zauberwort «Curriculum» hat längst rötliche Färbung angenommen.

Nicht verniedlichen

Wer das Bildungswesen mediatisiert, um mit ihm die Gesellschaft zu «verändern», will nicht Bildung um des Menschen, sondern um der Durchsetzung einer Ideologie willen. Das marxistische Engagement in der Bildungsplanung sollte man nicht mit dem Hinweis verniedlichen, durch ein der Öffentlichkeit unverständliches Reform-Chinesisch verurteile sich gerade die neomarxistische Version der Bildungsreform zur Wirkungslosigkeit. Die Härte, die die Auseinandersetzungen um die Rahmenrichtlinien in Hessen und Nordrhein-Westfalen angenommen haben, belehrt die Optimisten eines anderen. Unsere Gesellschaft mag Fehler haben, doch es kann nicht Aufgabe von Bildungsreform sein, die Gesellschaft zu verteufeln, die das Bildungswesen trägt und verantwortet. Re-

form hat nur Sinn, wenn sie einen Zustand herbeiführt, dessen man sich auf längere Zeit erfreuen kann und den man nicht schon dann wieder in Zweifel zieht, wenn man ihn eben erwirkt hat. Man darf deshalb nicht endlos reformieren, so wie man an einem Körper nicht ständig herumoperieren und injizieren darf, will man ihn am Leben erhalten. Ziele der Reform können fallweise verfehlt werden; dann soll man sich jedoch Zeit lassen und eine gewisse Beruhigung des Bildungswesens eintreten lassen, ehe man ihm erneut Veränderungen zumutet.

Solange die für die Bildungsreform Verantwortlichen sich noch von schönen Neologismen – von «Curricula» bis «Gesamtschule», von «team-teaching» bis «Abitur I» – narkotisieren lassen, stehen sie nicht auf dem Boden der Wirklichkeit und isolieren sich in der Esoterik der vermeintlichen Eingeweihten, durch die sich die Mehrheit der Gesellschaft (das Gros der Wahlbürger!) für dumm gehalten fühlt. Auch reformerische Esoterik kann eine Sozialkrankheit sein. Wenn nicht einmal der Durchschnitt der Lehrer und Eltern viele Zusammenhänge der Reformpläne versteht, ist nicht darauf zu hoffen, dass die Mehrheit der Bevölkerung sich für Reform interessieren lässt. Aber in einer Demokratie ist Reform – weil sie so stark erneuern will – auf das Placet der Mehrheit mündiger Bürger angewiesen. Sie und nicht die elitär getönten Reform- und Planergremien entscheiden darüber, ob und wie reformiert wird. Nicht auf sie, wohl aber auf Experten in Pädagogik und Politik mochten in den letzten Jahren die Grosspläne der Bildungsreform hypnotisch wirken wie lang ersehnte Offenbarungen. Das lässt verstehen, weshalb die Geschichte der Reform grossenteils eine Geschichte der Utopie geworden ist. Von der Utopie zum Wahn ist es dann nur noch einen Schritt weit.

(Bildung)

Matura – Impressionen 1974

am Beispiel der Kantonsschule Zug

Im Verlauf dieses Sommers haben wiederum Tausende von jungen Menschen ihre Ausbildung an einem unserer Gymnasien abge-

schlossen und ein Reife-Zeugnis erhalten, das ihnen den Weg zu einem Hochschulstudium öffnen soll.